

Stichworte zur ersten Sitzung

- Politikdimensionen und politikwissenschaftliche Fragestellungen der vergleichenden Policy-Forschung
- problem- und interaktionsorientierte Forschung
- wissenschaftliche und politische Logik, Zeithorizont der Hochschulpolitik
- Hochschulpolitik als wissensbasiertes Politikfeld
- Hochschulpolitik als staatsnaher Sektor
- distributive, redistributive und regulative Politik
- Organisations- und Konfliktfähigkeit, Einordnung der Akteure der Hochschulpolitik

Die politische Steuerung der Wissenschaft

- Steuerung, Governance
- „Direkte“ und „indirekte“ Steuerungsinstrumente („harte“ und „weiche“ Formen der Steuerung)
- kooperativer Staat
- Steuerungserweiterung, Vereinnahmung oder Verselbständigung?
- Hochschulsteuerung im internationalen Vergleich (erster Überblick)
- Geschichte der Hochschulen

Steuerungsinstrumente

Sicherstellung wichtiger öffentlicher Güter und Ressourcen		Beeinflussung gesellschaftlichen Handelns			
		<i>Direkte Steuerung</i>	<i>Indirekte Steuerung</i>		
Hoheitsrechte des Staates	Staat als Anbieter von Gütern und Dienstleistungen	Regulative Politik	Finanzierung	Strukturierung; prozedurale Steuerung	Überzeugung

Kooperativer Staat

(ähnlich: neoliberaler Staat, minimaler Staat)

Gegensatz zum interventionistischen Staat der 1970er Jahre

- Kontexte: Komplexität, Mehrebenensysteme
- Normative Bezugspunkte: Zivilgesellschaft, Gemeinschaft (nicht Staat)
- Zentrale Steuerungsinstrumente: indirekt (etwa Moderation), nicht direkt
- Empirische Zugänge: Netzwerkanalysen

„Der kooperative Staat betont die Notwendigkeit und schon Realität gewordene Vernetzung von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren und sieht den Staat zwar noch als aktiven Spieler, der allerdings eher die Selbstorganisation anleiten, fördern und koordinieren sollte als die gesellschaftliche Organisation selbst in die Hand zu nehmen. Dem Staat bleibt die Funktion, zu therapieren und zu moderieren, Hilfestellung zu leisten und dort, wo es nötig ist, ausgleichend auf gesellschaftliche Konflikte einzuwirken. Sowohl die Verteilung wie die Koordination erfolgt aber schließlich über gesellschaftliche Akteure.“ (Braun/Giraud 2003: 148-149).

These der Steuerungserweiterung

Basis u. a.: Klassische Korporatismusforschung

- Nutzen von Sachverstand gesellschaftlicher Akteure (Beispiel: Wissenschaftsrat)
- Akzeptanzsteigerung (Beispiel: Qualitätspakt)
- Erhöhung der Planbarkeit durch vorherige Reduktion von Unsicherheit über die Ziele der Akteure (Beispiel Hochschulrektorenkonferenz)
- evtl. Koppelgeschäfte: Ausweitung der Kompetenzen in Bereiche, die sich eigentlich dem Staat entziehen (Beispiel: Inhaltliche Steuerung der Hochschulen durch indirekte Steuerungsformen; Geld für Hochschulen, die Frauen einstellen oder BA umsetzen)

Normative Bewertung einer Steuerungserweiterung? (Kritik an der Effizienz staatlicher Lösungen)

These der Vereinnahmung durch die Adressaten

Basis u. a.: Lobbyismusforschung, Verteilungskoalitionen (Olson), Unregierbarkeitsdebatte, Implementationsforschung (Capture-These)

- Capture durch bestimmte Interessengruppen des Hochschulsystems (Professoren, bestimmte Fächer)
- Capture durch Interessengruppen außerhalb des Hochschulsystems (Bertelsmann)

Normative Bewertung einer Vereinnahmung? (Problem nicht beteiligter Interessen)

These der Verselbständigung und Eigendynamik intermediärer Systeme, Entstehen eigener Regeln

Basis u. a.: Netzwerkanalysen, Systemtheorie

- langfristige Förderprogramme?
- wissenschaftliche Politikberatung (Rückkoppelungseffekte)?

Normative Bewertung einer Verselbständigung?

Staatliche Autorität (Hierarchie)

- Bei Bertelsmann wenig differenziert (vor allem finanzielle Verantwortung)
- Unterscheidung zwischen zentralistischen Staaten und Föderalstaaten

Markt

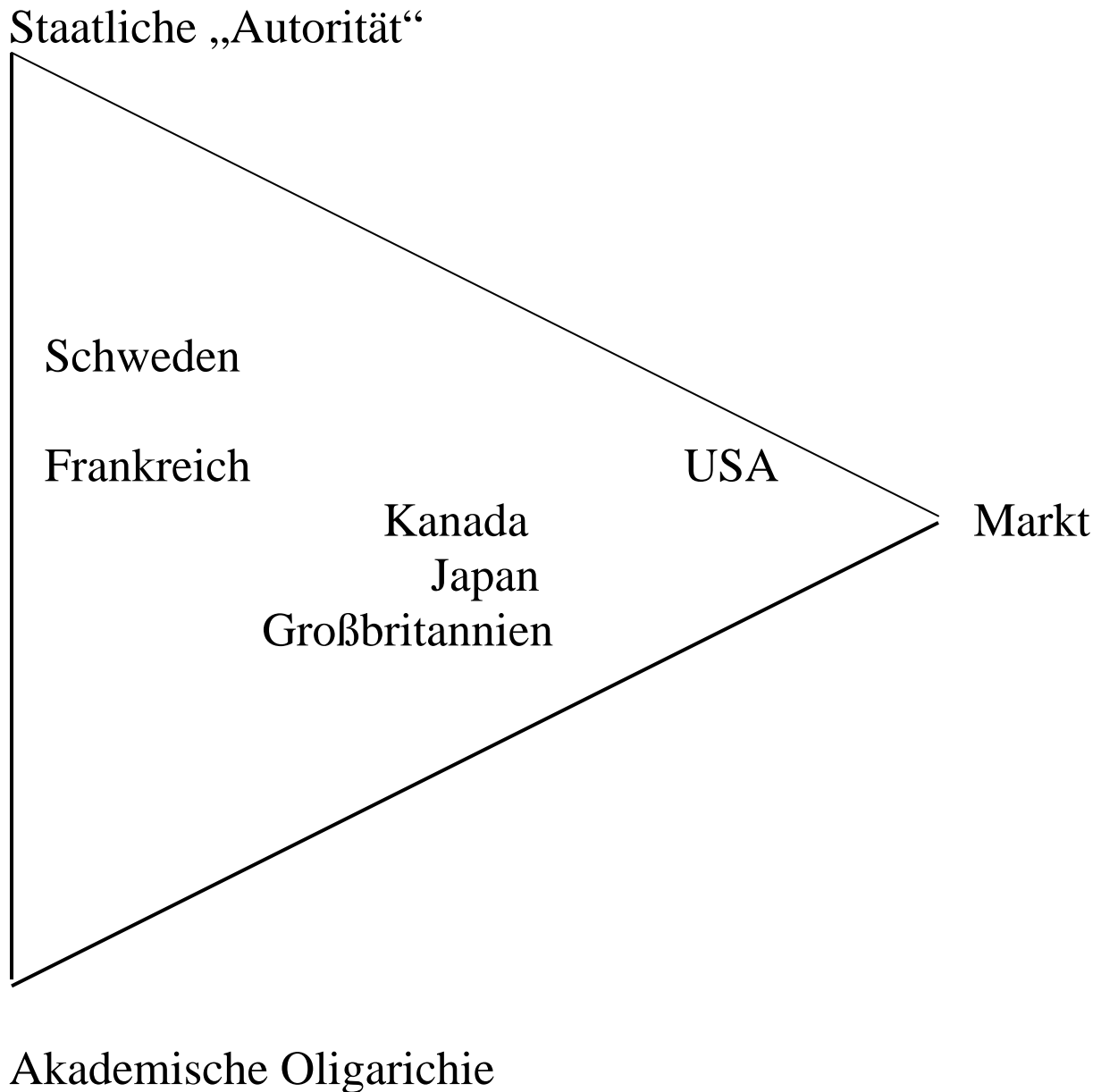
- Konkurrenz der Studenten um Studienplätze
- Konkurrenz der Hochschulen um Mittel und Reputation

Akademische Oligarchie (Selbstverwaltung)

- Unterscheidung zwischen individueller akademischer Freiheit, inhaltlicher Autonomie der Hochschulen und prozeduraler (instrumenteller Autonomie der Hochschulen)
- Beispiel: University Grants Committee (GB)
- „Puffer-Instanz“: „fomell gegründetes Organ zur Verknüpfung von Regierungsgremien mit unabhängigen (oder fast unabhängigen Organisationen für einen speziellen öffentlichen Zweck) (mögliches Beispiel: Akkreditierungsagenturen). Puffer-Instanzen haben drei Funktionen (Goedebuure et al. 1993: 21)
 1. Pressure Group (führt im Extremfall zu Capture)
 2. Realisierung der Regierungspolitik (kann zu Steuerungsausweitung führen)

Dienstleistungsorganisation (keine Entsprechung bei Braun)

„Koordinationsdreieck“ aus Sicht der Bertelsmann-Stiftung



Quelle: Goedegebuure et al. 1993: 13.